Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 50 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15 empfiehlt in größter Auswahl
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Eine Erlösung für Hunderte
die an Katarrh, Asthma und allen Erkrankungen der Atmungsorgane leiden, bildet der Medizinische Inhalator „Asthmatik", D. R. P. a. Keine Anbrennung. Sofort gebrauchsfähig. Aerztlich bestens empf. Zu beziehen durch Apotheken, Drogerien, Bandagen u. einschlägige Geschäfte, sonst direkt ab Fabrik geg. Einsendung des Betrages od. Nachn. Inkl. Füllung M. 10. Broschüre kostenlos. **Moritz Zwar,** Verbandstoff-Fabr., Dresden.

Aug. Reinhardt
9 Seestrasse 9.
Bewährte Präzisions- und kurante Uhren jeder Art.
Lager feinster Uhrketten und Ringe.

Weit und breit bleibt eine Egers mollige Schlafröcke. Mk. 9–75. Mk. 9–75.
Rob. Eger & Sohn, Frauenstrasse 3 und 5.

Fabrik feiner Lederwaren. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Reise-Artikel. **Adolf Näter** Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft 26 Prager Strasse 26.

Nr. 10. Spiegel: Wahlen in England. Hofnachrichten, Gesundheitsstand, Urteile gegen Straßendemonstranten, Gerichtsverhandlungen. Freiherr von Richthofen, Marokkokonferenz. | Mutmaßl. Witterung: **Kühl, nebelig.** | **Freitag, 12. Januar 1906.**

Die Bedeutung des Wahlkampfes in England.

Die Neuwahlen zum englischen Parlament finden in einer Zeit statt, die vom Standpunkte der allgemeinen Lage für einen Wechsel der Regierung recht wenig geeignet erscheint und doch wieder für die besonderen Wünsche und Interessen derjenigen Partei, die zum Siege gelangen will oder ihren durch die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bereits dokumentierten Sieg vom Ausfall der Wahl bestätigt zu sehen hofft, hervorragend geeignet ist. Auch für England erhält die allgemeine Lage ihr charakteristisches Gepräge durch die Marokko-Konferenz, deren Eröffnung in wenigen Tagen bevorsteht. Nachdem auf Grund königlicher Ermächtigung die Auflösung des Parlaments erfolgt ist, bleibt es unabänderliche Tatsache, daß bei Beginn und noch in den ersten Tagen der Konferenz von Algeciras die englische Regierung sozusagen in der Luft schwebt, denn ehe nicht der Wahlgang beendet ist — und er kann sich in seinen letzten Ausläufern bis gegen Ende des Monats hinziehen —, wird man nicht mit voller Gewißheit von einer Ablösung des Balfourschen Konservatismus durch eine liberale Regierung sprechen können. Trotzdem — und das ist geradezu typisch für englische Verhältnisse — wird niemand auch nur einen Augenblick im Zweifel sein können, daß England auf der Konferenz von Algeciras mit unverminderter Stärke und ungeänderten Ansprüchen auftreten wird, als sei es eine feste, dauerbare Regierung, die hinter den Entschließungen und Maßnahmen der Nation steht. Das ist nur deshalb möglich, weil es in England von jeher in den Fragen der auswärtigen Politik keine parteipolitischen Unterschiede und Rücksichten gibt. Konservative und Liberale, die beiden Hauptparteien des Landes, lassen sich in dieser Hinsicht einzig und allein von dem Grundsatze leiten, die nationale Wohlfahrt zu fördern, das Vaterland über die Parteiinteressen zu stellen. Demgemäß haben Campbell-Bannerman, der neue Premier, Edward Grey, der Minister des Auswärtigen, und mehrere andere Mitglieder des liberalen Kabinetts sich bereits in der Oeffentlichkeit dahin vernehmen lassen, daß sie die auswärtige Politik des Kabinetts Balfour, im besonderen die Pflege naher Beziehungen zu Frankreich, nach bewährten Lansdowneschen Grundsätzen unverändert fortführen werden.

Insofern hat also der Wahlkampf in England nur ein mittelbares Interesse für Deutschland; nicht ein völliger Umschwung der leider noch immer gespannten deutsch-englischen Beziehungen, höchstens ein Wechsel in der Stimmung und Haltung der öffentlichen Meinung, der die Anbahnung eines deutsch-englischen Einvernehmens möglich erscheinen läßt, kann mit dem zu erwartenden Siege der liberalen Partei verbunden sein. Wohl aber ist das Schicksal der heutigen Wirtschaftspolitik Englands auf das engste mit dem Ergebnisse des Wahlkampfes verknüpft. Der englische Außenhandelsverkehr steht seit einem halben Jahrhundert im Zeichen des Freihandels und hat sich seitdem zu einer niemals früher erlebten Blüte entfaltet. Der Chamberlainismus aber will durch den Schutzzoll ein festeres Band um das Mutterland und die Kolonien knüpfen, ein Band, das nach seiner Behauptung der englischen Volkswirtschaft und Industrie dauernd sicheren Halt geben und das größerbritische Reich zu einer besseren Landes- und Seeverteidigung zusammenschließen wird. Dringt diese Forderung durch, so steht neben den Vereinigten Staaten vor allem Deutschland die Bedingungen seines Außenverkehrs wesentlich erschwert, denn nächst Rußland ist das Vereinigte Königreich Großbritannien mit seinen Kolonien der beste und entwicklungsfähigste Markt für exportfähige deutsche Industrieerzeugnisse. Die gewerblich tätige Mehrheit des deutschen Volkes hat daher ein hervorragendes Interesse daran, daß das heutige handelspolitische System Englands solange wie möglich erhalten bleibt. Auf die Frage, wie sich die Aussichten dafür gestalten, sollen die bevorstehenden Wahlen die Antwort geben. Mag man auch der allgemeinen Auffassung, ein Sieg der Liberalen sei mit Sicherheit zu erwarten, sich anschließen, so entsteht die weitere Frage, wie lange eine liberale Regierung gegenüber der konservativ-imperialistischen Opposition, die eher erstarken als erlahmen wird, sich behaupten kann. Dem freihändlerischen Liberalismus wird ja die Tatsache sehr zu statten kommen, daß in den Jahren seit Beendigung des südafrikanischen Krieges England eine fortgesetzte und dabei sehr lebhafte Steigerung seines Handels und seiner Schiffahrt zu verzeichnen hat. Erst der Handelsausweis für 1905 hat einen Wertzuwachs von fast 900 Millionen Mark nachgewiesen, wovon nahezu zwei Drittel der englischen Ausfuhr zu gute gekommen sind. Dieses Moment, ebenso wie die Förderung der Handelsbeziehungen mit den britischen Kolonien wird sicherlich nicht verfehlen, eine im freihändlerischen Sinne günstige Wirkung in dem Wahlfeldzuge zu äußern, eine Wirkung, die in Verbindung mit der Abneigung der Arbeiterbevölkerung gegen eine Steuer auf notwendige Nahrungsmittel voraussichtlich in der Mehrzahl der Wahlbezirke dieselben Ergebnisse zeitigen wird, die in den meisten Ersatzwahlen des vorigen und des laufenden Jahres festzustellen waren.

Es genügt aber nicht, daß die Liberalen mit einer knappen Mehrheit aus den Wahlen hervorgehen, oder wenn das geschieht, werden die Tage der Lebensdauer der liberalen Regierung gezählt sein. Die Konservativen oder Unionisten (nach ihrem Eintreten für die Erhaltung der Union zwischen Großbritannien und Irland so genannt), die 20 Jahre fast ununterbrochen das Regiment in Händen gehabt haben, konnten sich noch in den letzten Monaten einer Mehrheit von 70 bis 80 Stimmen im Unterhause rühmen. Dagegen hat die liberale Regierung, die 1892 bis 1895 unter Gladstone ihre Kraft noch einmal an einer irischen Homerule-Gesetzgebung versuchte, nur mit Hilfe der im Unterhause verhältnismäßig stark vertretenen Iren, die ihren Vorteil dabei zu finden hofften, gegenüber der konservativen Opposition sich behaupten können. Ob sich die gegenwärtige liberale Regierung auf die Unterstützung durch die irische Unabhängigkeitspartei mit derselben Sicherheit wird verlassen können, ist mindestens zweifelhaft, denn innerhalb des Kabinetts Campbell-Bannerman sind die Ansichten über die Berechtigung und eventuelle Förderung der irischen Selbstständigkeitsgelüste in Regierung und Verwaltung stark geteilt. Wahrscheinlich wird also die irische Partei nach wie vor das Zünglein an der Wage der inneren politischen Kämpfe Englands bilden. Ungewiß über die Haltung dieser wichtigen Partei, hat sich die liberale Regierung die Hilfe der Arbeiterklasse zu sichern gesucht, indem sie dem populären Arbeiterführer John Burns das Ressort des Lokalverwaltungsamtes übertrug. Aber dieser neueste Staatsmann Englands befindet sich, auch abgesehen von seinem besonderen Standpunkte in sozialpolitischen Fragen, anscheinend in einem starken Gegensatze zu dem handelspolitischen Programm des Kabinetts, dem er angehört. In einer an die Wähler seines Bezirkes gerichteten Adresse erklärte er wenigstens, man müsse von dem modernen England des Cobdenismus zurückkehren zu dem England, wie es zurzeit Miltons, Chaucers und Shakespeares beschaffen war.

So kann die liberale Partei kaum mit bestimmten Reserven und Bundesgenossen rechnen. Zwar zählt auch die konservative Partei eine Anzahl Freihändler, unter ihnen den bisherigen Premierminister Balfour, zu den Ihrigen; von ihnen aber, die in der Homerule-Frage entschlossen mit den schutzzöllnerisch Konservativen gehen, darf die liberale Partei kaum ein Entgegenkommen erwarten. Die Iren, zu vier Fünfteln ihrer Stärke nationalistisch gesinnt, d. h. eine nationale Selbstständigkeit Irlands fordernd, werden von Fall zu Fall die Bedingung stellen, daß ihren Wünschen, die so oft und so lang ohne Erfolg geblieben sind, endlich Rechnung getragen werde. Die Arbeiter und die Sozialisten rechnen nach ihrem eigenen Zugeständnis auf höchstens einige zwanzig Sitze im Unterhause; sie sind also bei den Abstimmungen in einem Hause, das 670 Mitglieder zählt, gewissermaßen dazu verurteilt, als quantité négligeable behandelt zu werden. Beide Parteien, die Sozialdemokratische Föderation und die Unabhängige Arbeiterpartei, von denen die erstere im großen und ganzen auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie steht, haben zusammen rund 50 Kandidaten aufgestellt, denen teils Konservative, teils Liberale gegenüberstehen. Abgesehen von den etwa 20 Bezirken, wo ihre Kandidaten zum Siege gelangen können, werden sich also die Arbeiterparteien vor die Wahl zwischen einem konservativen und einem liberalen Freihändler gestellt sehen. Denn daß sie einen Schutzzöllner unterstützen könnten, ist ausgeschlossen.

Nach alledem erscheint es so gut wie ausgeschlossen, daß die Liberalen in derselben Stärke wie im Jahre 1885, wo sie 335 von den 670 Stimmen des Unterhauses auf sich vereinigten, aus den Wahlen hervorgehen werden. Um sich eine, wenn auch kleine Mehrheit zu sichern, müßten sie, da die Partei bei der nunmehr erfolgten Auflösung 215 Mitglieder zählte, weit über 100 Sitze gewinnen. Darauf aber ist, obwohl die Ersatzwahlen meist zu gunsten der Liberalen ausgefallen sind, kaum zu rechnen. So wird die liberale Regierung im Gegensatz zu dem Kabinett Balfour, das immer noch trotz schwierigster Lage die Klippe des Mißtrauensvotums glücklich umschifft hat, mit Kompromissen arbeiten und deshalb in ihrer inneren Politik besonders auf die irische Partei Rücksicht nehmen müssen. Daß ein solcher Zustand eine Nation von der Größe und der nationalen Erziehung der britischen auf die Dauer nicht befriedigen kann, liegt auf der Hand. Außerdem werden Herr Chamberlain und seine Leute, indem sie weiter das Gespenst der „deutschen Gefahr", bestehend in militärischer und wirtschaftlicher Invasion, an die Wand malen, dafür sorgen, daß das englische Volk nicht zur Ruhe kommt und besonders in seinen Arbeiterkreisen zu einem wachsenden Verständnis der imperialistischen Bestrebungen aufgerüttelt wird. Wenn es also der liberalen Regierung nicht gelingt, sich eine verläßliche Mehrheit aus eigener Kraft zu schaffen, und wenn es ihr nicht gelingt, mit ähnlichen Erfolgen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik aufzuwarten, wie sie Balfour und seine Mitarbeiter aufweisen konnten, dann wird ihres Bleibens an der Spitze eines freihändlerischen England nicht lang sein, und dann wird es Joseph Chamberlain, der fraglos der populärste Mann in England ist, trotz seines hohen Alters vielleicht noch erleben, daß er als Premierminister seine Pläne, in denen mit Recht die größte dem weltpolitischen Gleichgewicht drohende Gefahr gesehen wird, kräftiger und erfolgreicher als bisher verwirklichen kann.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Januar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstag ist heute noch schwächer besetzt als gestern. Die erste Lesung der Steuervorlagen, die die Grundlage der Reichsfinanzreform bilden sollen, wird fortgesetzt. Staatssekretär des Reichsschatzamts Freiherr v. Stengel bestreitet, gesagt zu haben: Wenn aus dem ganzen Gebäude auch nur ein Stein herausgenommen werde, so stürze der ganze Bau ein. Er habe nur gesagt, wenn Sie einen Stein herausnehmen, so riskieren Sie, daß der ganze Bau zusammenstürzt. (Heiterkeit.) Werde der herausgenommene Stein durch einen anderen ersetzt, so könne der Bau natürlich vielleicht stehen bleiben. (Heiterkeit.) Redner sucht den Hauptgrund des seit Jahrzehnten ununterbrochenen Fehlens der Reichsfinanzen darin, daß es in unserem Volke zahlreiche Elemente gibt, die seit Dezennien ihre Aufgabe darin erblicken, jede Sanierung unserer Reichsfinanzen zu verhindern. (Unruhe links.) Was die geforderte Beseitigung der sog. Liebesgabe anlangt, so beruht doch das jetzige Branntweinsteuergesetz auf einem Kompromiß, dessen Zweck es war, dem Brennereigewerbe auf längere Zeit, etwa bis 1912, Ruhe zu verschaffen. Die Biersteuer anlangend, so ging die ursprüngliche Absicht dahin, jeden Hektoliter Bier mit 1 Mk. für das Reich zu verteuern. Statt dessen ist die Steuer jetzt auf rund 72 Pfg. zurückgegangen. Bei dieser Differenz bedeutet jeder Pfennig annähernd eine halbe Million für das Reich. Herr Pachnicke bestritt auch, daß für die Gastwirte die Differenz zwischen Einkaufspreis und Ausschankpreis sich auf 20 Pfg. pro Liter belaufe. Ich habe noch einmal nachgerechnet, genau, und gefunden, daß die Spannung im Durchschnitt sogar 22 Pfg. beträgt, sogar für das Hektoliter 22 Mk. und 62 Pfg. Gegenüber diesem hohen Bruttonutzen pro Hektoliter kann doch wohl die jetzt geplante Steuererhöhung keine „unerträgliche" sein! Die Notwendigkeit der Staffelung der Biersteuer ergibt sich daraus, daß von 1891 bis 1903 trotz einer Verdreifachung der Produktion die Zahl der Brauereien enorm gestiegen ist. Das mit dieser Vorlage verbundene Surrogatverbot wird mehr als alles andere geeignet sein, die Schnapspest einzudämmen. Die Befürchtungen der Tabak-Interessenten erklärt der Schatzsekretär für nicht begründet. Wenn sich die Tabakindustrie in Süddeutschland in der Vergangenheit mehr entwickelt hat, als in Norddeutschland, so ist sie hier doch auch nicht zurückgegangen. In bezug auf die Verkehrssteuern, Quittungs- und Fahrkartenstempel usw. werden die Regierungen in den Kommissionen an sie herangetretenen Wünschen so viel als möglich entgegenkommen. Eine Heranziehung auch der Testendenten zur Erbschaftssteuer widerspricht den allgemeinen Grundsätzen, und überdies würden dabei auch Steuer-Hinterziehungen zu leicht sein. — Abg. Patzig (natl.) glaubt nicht, daß die von den Regierungen genannte Ziffer des zu deckenden Bedarfs um ein Wesentliches nicht werde herabgesetzt werden können. Man werde sich also an den Gedanken wohl oder übel gewöhnen müssen, weit über 200 Millionen aufbringen zu müssen. Mit der Erbschaftssteuer allein gehe das nicht, falls man nicht zu einer Vermögenskonfiskation kommen wolle. Nach den Vorschlägen der Regierung sollen von den insgesamt rund 225 Millionen Mark etwa 70 Prozent dem Massenverbrauche und dem gewerblichen Leben und nur 30 Prozent dem Wohlstande auferlegt werden. Es müsse dahingestellt bleiben, ob das ein richtiges Verhältnis sei. Bei den Stempelsteuern werde sich der Herr Staatssekretär jedenfalls mit dem Gedanken wesentlicher Abstriche befreunden müssen. Den Fahrkartenstempel anlangend, so wäre es das Richtige, einfach von den einzelstaatlichen Eisenbahnen eine bestimmte Summe, etwa pro Betriebskilometer oder je nach dem Betriebsüberschusse, als Abgabe zu erheben; denn gleichviel, ob man sich auf die Personenfahrkarten beschränke oder die Steuer auch auf die Pakete, Frachtstücke usw. ausdehne, auf jeden Fall seien damit so ungeheuer viel Umständlichkeiten verknüpft, daß man darauf lieber verzichten sollte. — Der preußische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben erklärt diesen Weg für ganz ungangbar. Man würde damit die Axt an die Wurzel der Finanzgebarung der Einzelstaaten legen. Ich bitte Sie dringend, nicht noch mit solchen Vorschlägen die Schwierigkeiten dieser Finanzreform zu vermehren. Mit einer solchen Abgabe der Einzelstaaten an das Reich würden Sie uns in Preußen zwingen, die Einkommensteuer zu erhöhen, nachdem Sie uns schon die Erbschaftssteuer genommen haben. Weiter bezeichnet der Minister die Behauptung, daß die sogenannte Liebesgabe nur im Interesse der ostelbischen Brennereien aufrechterhalten werde, als politische Brunnenvergiftung; Vorteile davon hätten im Gegenteil in der Hauptsache die kleineren Brennereien im Westen und Süden. Redner rechtfertigt dann nochmals die Biersteuererhöhung. Es gebe zweifellos zu viele kleine Schankstellen. In Preußen entfielen deren je eine auf 54 Personen über 18 Jahre; wenn das aufhöre, wenn eine Schankstelle auch nur auf 80 erwachsene Personen komme, so gehe das Reich noch lange nicht zu Grunde. Aus der Haushaltsetat-Aufstellung eines Münchener Arbeiters in der sozialdemokratischen „Munch. Post" gehe hervor, daß dem Arbeiter dort auch bei Erhöhung des Bierpreises noch immer genug für Bier übrig bleibe; und noch ein anderes erhelle aus dieser Etataufstellung: dieser Arbeiter, der 1560 Mark Einnahme haben soll, gebe nämlich an Jahresbeiträgen für die Partei und für die Zugehörigkeit zu Vereinen jährlich 86 Mark aus. Er glaube: sapienti sat! (Beifall rechts, Lachen links.) — Abg. Graf Kanitz (kons.) macht dem Bundesrate zum Vorwurf, bei den Reichsausgaben zu wenig Abstriche zu machen und das dem Reichstage zu überlassen.

Frische und sterilisierte Kinder-Milch (Trocken-Fütterung) Milchkur-Anstalt „Nantzs" R. Winkler, kgl. Sächs. Hofl., nur Zwickauer Str. 24.